

••• S.3 **Editorial**: Koalition steht vor großer Herausforderung ••• S.5 **Bildung**: Fonds verlängert Schulpartnerschaft ••• S.6 **Innovationsindikator**: Deutschland verliert an Boden ••• S.9 **Stromsteuer**: Spitzenausgleich für 2010 sichergestellt ••• S.10 **Zölle**: Freihandelsabkommen mit Korea unterzeichnet ••• S.12 **Lissabon-Vertrag**: Was sich in der EU jetzt ändert ••• S.14 **Toxikologie**: Charité betritt Neuland mit Masterstudiengang ••• S.16 **REACH**: Neue Musterverträge bieten Hilfestellung ••• S.18 Landesverbände

INNOVATIONSPOTENZIAL

Politik muss das Industrieland Deutschland stärken

Neue Produkte setzen die stärksten Impulse für mehr Wachstum und krisenfeste Arbeitsplätze. Die Bundesregierung muss jetzt alle Möglichkeiten konsequent nutzen, um Innovationen anzustoßen.

Eine rasche und konsequente Umsetzung der industrierelevanten Inhalte der Koalitionsvereinbarung hat VCI-Präsident Prof. Dr. Ulrich Lehner von der Bundesregierung auf der Jahrespressekonferenz des Verbandes Anfang Dezember gefordert. „Die im Koalitionsvertrag versprochene Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung muss so schnell wie möglich kommen. Zusammen mit den im Wachstumsbeschleunigungsgesetz vorgesehenen Korrekturen bei den Unternehmensteuern stärkt sie die Innovations- und Investitionskraft der Wirtschaft. Das ist eine entscheidende Weichenstellung, um die Krise zu bewältigen, weil neue Produkte die stärksten Impulse für mehr Wachstum und krisenfeste Arbeitsplätze setzen“, betonte Lehner vor der Presse in Frankfurt. Die steuerliche Forschungsförderung müsse dabei Unternehmen aller Größenklassen einbeziehen, denn Innovationen entstünden heute in Allianzen und Netzwerken.

Die geplanten Maßnahmen der Bundesregierung seien wichtig für den Industriestandort, so Lehner. Mit 24 Prozent sei der Beitrag der deutschen Industrie zum Bruttoinlandsprodukt höher als in allen anderen Industrieländern. Rund 6,1 Millionen Menschen – über 22 Prozent aller in der deutschen Wirtschaft Beschäftigten – haben ihren Arbeitsplatz in der Industrie. Dem müsse die Bundesregierung mit einer Politik für Innovationen und Investitionen Rechnung tragen, damit die deutsche Industrie ihre führende Position auf dem Weltmarkt mit einem hohen Anteil neuer Produkte behaupten könne. Die Chemie bezeichnete Lehner ▶



Die rasche Einführung einer steuerlichen Komponente für die Forschungsförderung ist ein wichtiges Element, um die Innovationskraft der Unternehmen zu stärken.



Der VCI-Präsident auf der Jahrespressekonferenz 2009 in Frankfurt.

als den Kern der Industrienation Deutschland. „Ob Fahrzeug- und Maschinenbau oder Elektroindustrie, ob Kunststoff- und Metallverarbeitung oder die Bauwirtschaft: Produkte der chemischen Industrie tragen dazu bei, die Leistungs- und Innovationsfähigkeit der anderen Branchen zu sichern und insbesondere deren Energie- und Ressourceneffizienz zu verbessern“, stellte Lehner fest.

Um die von der Bundesregierung geplanten nationalen Ziele im Klimaschutz erreichen zu können, müsse die Industrie ihr gesamtes Innovationspotenzial einbringen – zum Beispiel für Solarzellen mit höherem Wirkungsgrad, für Windkraftträder mit größerer Leistung und serienreife Autos, die rein elektrisch oder per Brennstoffzelle angetrieben werden. Diese Aufgaben, so Lehner, erforderten die Zusammenarbeit vieler Branchen entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Im Zentrum dieses Innovationsnetzes stehe die chemische Industrie mit ihren Leistungen. Deshalb müsse Deutschland ein starker Forschungsstandort und ein international wettbewerbsfähiger Produktionsstandort für die chemische Industrie bleiben, sagte der VCI-Präsident. „Viel wird davon abhängen, ob die Politik die richtige Balance findet, um Klimaschutz und eine wettbewerbsfähige Energieversorgung für die energieintensiven Industrien zu gewährleisten. Dann kann und wird die Chemie zusammen mit den anderen Branchen der deutschen Industrie einen wichtigen Beitrag für eine nachhaltige positive Entwicklung in Deutschland leisten.“

WETTBEWERB AUF DEM WELTMARKT: DIE KARTEN WERDEN NEU GEMISCHT

Trotz der globalen Wirtschaftskrise erzielt die chemische Industrie auch 2009 einen Außenhandelsüberschuss von mehr als 36 Milliarden Euro. Über 55 Prozent ihrer Produktion verkauft die Branche heute in andere Länder. Dies zeige, dass „Chemie made in Germany“ ein weltweit geschätztes Qualitätssiegel darstelle, unterstrich Lehner. In den letzten Jahren agierte keine andere Chemienation auf dem Weltmarkt erfolgreicher als die deutsche Branche: Mit zuletzt 12,6 Prozent sicherte sie sich den größten Anteil an den Weltexporten für chemisch-pharmazeutische Waren. Dabei stellt die Europäische Union den mit Abstand wichtigsten Exportmarkt für die deutsche Chemie dar. Fast zwei Drittel ihrer Ausfuhren gehen in die übrigen 26 Mitgliedsstaaten der EU. Ob die Branche ihre historische Exportstärke auch zukünftig beibehalten werde, hängt für Lehner wesentlich von der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Chemieunternehmen am Standort Deutschland ab. Hierfür brauche die Branche die Unterstützung der Politik und geeignete Rahmenbedingungen. „Angestammte Marktanteile gibt es für keine Nation im globalen Wettbewerb. Die Karten werden jetzt in den Industriestaaten für die Zeit nach der Krise neu gemischt“, betonte der VCI-Präsident.

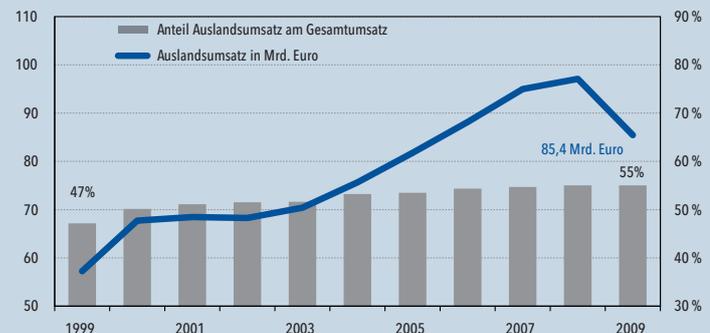
Manfred Ritz

Fast 40 Medienvertreter informierten sich auf der Pressekonferenz darüber, wie der VCI die Wachstumspolitik der Bundesregierung bewertet und wie sich die konjunkturelle Lage der Branche darstellt.



Auslandsgeschäft für die deutsche Chemie immer wichtiger

Auslandsumsatz in Milliarden Euro; Anteil am Gesamtumsatz in Prozent
 Quellen: Statistisches Bundesamt, Verband der Chemischen Industrie



Die deutsche Chemie agiert auf dem Weltmarkt äußerst erfolgreich. Sie verkauft über die Hälfte ihrer Produktion heute ins Ausland. Der Anteil des Auslandsgeschäftes am Gesamtumsatz der Branche ist im letzten Jahrzehnt stetig gestiegen. Die EU ist dabei mit Abstand ihre wichtigste Exportregion. Rund 63 Prozent der Chemieexporte gehen in die Mitgliedsstaaten der EU.

Chemie ist Wegbereiter für den Klimaschutz

Anlässlich der Klimakonferenz in Kopenhagen unterstrich der Hauptgeschäftsführer des VCI, Dr. Utz Tillmann, die Leistungen der Chemie in puncto Klimaschutz. Tillmann betonte auf der Jahrespressekonferenz in Frankfurt: „Die deutsche chemische Industrie will und unterstützt einen ökologisch effektiven und ökonomisch effizienten Klimaschutz. Für uns als energieintensive Industrie hat das Thema Energieeffizienz schon lange hohe Priorität. Wir haben Energieeinsatz und Produktion voneinander entkoppelt.“ Auch in Bezug auf die Produkte schultere die Grundstoffindus-



Der VCI-Hauptgeschäftsführer Dr. Utz Tillmann

trie, wie z.B. die Chemie, innerhalb der Wertschöpfungsketten den „Energie-Rucksack“ für andere Branchen. „Die deutsche chemische Industrie trägt mit ihrer Lösungskompetenz dazu bei, dass bei den Industriekunden und bei den Endverbrauchern viel weniger Energie verbraucht wird und damit weniger Treibhausgase freigesetzt werden“, betonte der Hauptgeschäftsführer des VCI.

Bei der Klimakonferenz in Kopenhagen gehe es aber nicht nur um CO₂-Ziele, sondern auch um die Verteilung von aktuellem und künftigem Wohlstand. Tillmann: „Globale Klimaschutzmaßnahmen, insbesondere in den Entwicklungsländern, werden viel Geld kosten. Zu erwarten ist, dass die europäischen Industriestaaten dazu einen großen Anteil leisten müssen. Die Haushaltskassen sind leer. Größere Finanztransfers an die Entwicklungsländer sind deshalb nur möglich, wenn die Mittel dazu von uns durch ein nachhal-

EDITORIAL

Regierung steht vor großer Herausforderung

Eines der wirtschaftlich schwierigsten Jahre in der jüngeren deutschen Geschichte liegt hinter uns. Auch wenn der Tiefpunkt der Rezession in allen Branchen durchschritten scheint, bleibt der Handlungsdruck für die Politik weiterhin hoch: Denn nach der unmittelbaren Bewältigung der Finanzkrise durch die große Koalition steht die neue Bundesregierung jetzt vor der eigentlichen Herausforderung: Sie will die Voraussetzungen für ein dynamisches, wie nachhaltiges Wachstum in Deutschland schaffen. Die neue Regierung hat den Mut, den Blick nach vorn zu richten und setzt trotz einer extrem schwierigen Haushaltslage auf die Chance, das Potenzial unserer Wirtschaft zu mobilisieren.

Mit dem Koalitionsvertrag haben die Regierungsparteien ein klares Signal gesetzt, dass sie den Industriestandort Deutschland stärken wollen. Damit hat die Bundesregierung eine richtige Entscheidung getroffen. Um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können, brauchen die Unternehmen förderliche Rahmenbedingungen. Dass die Regierung diese Zielsetzung ernst nimmt, hat sie im ersten Schritt mit dem „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ bewiesen. Es wird nach aller Voraussicht zum Jahreswechsel in Kraft treten. Die Entscheidung, Krisen entschärfende Maßnahmen zur Zinsschranke oder zu Verlustvorträgen in dieses Sofortprogramm aufzunehmen, entspricht weitgehend den Vorschlägen des VCI. Auch bei der

Erbschaftssteuer gibt es Verbesserungen, die den steuerfreien Übergang von Betrieben auf die nächste Generation regeln.



Die neue Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag auch die Absicht bekundet, eine steuerliche Forschungsförderung in dieser Legislaturperiode einzuführen – leider ohne Angaben über den konkreten Zeitpunkt. Der Staat sollte aber gerade jetzt alle Möglichkeiten nutzen, um Innovationen anzustoßen und die Innovationskraft der Unternehmen zu stärken: Neue Produkte setzen die stärksten Impulse für mehr Wachstum und krisenfeste Arbeitsplätze in Deutschland. Daneben geht es bei der steuerlichen Forschungsförderung um die Sicherung des Forschungsstandortes Deutschland, in den meisten anderen Ländern der OECD ist sie längst Realität. Der VCI wird sich deshalb weiterhin dafür einsetzen, dass sie rasch eingeführt wird und vor allem forschenden Unternehmen jeder Größenordnung zu Gute kommt.

Professor Dr. Ulrich Lehner
Präsident des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI)

tiges Wachstum erwirtschaftet werden.“ Dies sei nur durch Innovationen, vor allem aus der Chemie, zu erreichen. Insofern sei der Klimaschutz auch eine Marktchance für die Branche.

Der Hauptgeschäftsführer des VCI unterstrich, dass sich die chemische Industrie für ein neues, globales Klimaschutzabkommen einsetzt. Entscheidend seien gleichwertige Reduktionsziele für Industrieländer und angemessene Emissionsobergrenzen für Schwellenländer. „So erhalten wir die Wettbe-

wehrtüchtigkeit der Industrie in Europa und erreichen einen wirkungsvollen Klimaschutz.“ Bezugsgröße für die Reduktionsziele müssten die Emissionen von 1990 sein, damit erbrachte Vorleistungen angemessen berücksichtigt werden. Gelingt ein solches Abkommen nicht, dürfe die EU auf keinen Fall über ihr 20-Prozent-Ziel hinausgehen. Für die energieintensiven Industrien müssten Wettbewerbsnachteile aus der Vorreiterpolitik Deutschlands und der EU unbedingt vermieden werden. Ihre Belastungen müssten gedeckelt werden.

CHEMIE-ORGANISATIONEN ANALYSIEREN ENERGIEVERSORGUNG DER ZUKUNFT

Energieforschung wird chemischer

Durch Fortschritte in der Chemieforschung kann in den nächsten 20 Jahren der Primärenergiebedarf in Deutschland zu einem Fünftel gedeckt werden. Dies kann durch Energieeinsparungen und durch das Erschließen von Ressourcen erreicht werden. Das ist das Fazit des Positionspapiers „Energieversorgung der Zukunft – der Beitrag der Chemie“.



Bei der Umstellung unserer Energieversorgung hilft die Chemie, neue Energiequellen zu erschließen.

„Die Energieversorgung der Zukunft wird chemischer“, fasste Dr. Andreas Kreimeyer, Vorsitzender des VCI-Forschungsausschusses, die Erkenntnisse aus dem Positionspapier der Chemieorganisationen auf einer Pressekonferenz zusammen. Das Einsparpotenzial ergibt sich laut Studie aus innovativen chemischen Verfahren, neuen Materialien und Hilfsstoffen. Mit diesen lassen sich die bisherigen fossilen Energieträger wie Erdöl oder Erdgas effizienter nutzen und regenerative Technologien zur Energiegewinnung aus Wind-, Solar- oder Bioenergie weiter voranbringen.

Durch eine Vielzahl von Innovationsbeiträgen lässt sich einerseits Energie einsparen, andererseits können durch neue Technologien

Ressourcen erschlossen werden, die bisher nicht zugänglich waren. Die einzelnen Maßnahmen können in etwa zwei bis drei Prozent des Energiebedarfs in Deutschland decken und erreichen in der Summe rund 20 Prozent.

MIT CHEMIE KOMMT MAN WEITER

„Zusammen mit den Forschungserfolgen auf anderen Gebieten erscheint es daher mehr als nur möglich, auch künftig den Energiebedarf der Menschheit befriedigen zu können“, erklärte Professor Dr. Ferdi Schüth, der den Koordinierungskreis Chemische Energieforschung der Chemieorganisationen leitet.

Der Fortschritt in der Chemie trägt auf verschiedenen Wegen dazu bei, die Energiever-

sorgung zu sichern: So ermöglichen moderne Verfahren die effiziente Nutzung von Energiequellen, beispielsweise durch Solarzellen mit höherem Wirkungsgrad. Ein zweiter Aspekt ist das Einsparen von Energie etwa durch die Verwendung von Brennstoffzellen, effizienten Leuchtmitteln oder wirkungsvollen Wärmedämm-Materialien.

Gleichzeitig können aber auch Rohstoffquellen erschlossen werden, die bisher noch nicht in vollem Umfang genutzt werden konnten. Das betrifft beispielsweise die Ausbeutung von Öllagerstätten oder die Energiegewinnung aus holzartigen pflanzlichen Abfällen. Große Bedeutung messen die Experten außerdem der Optimierung von Technologien zur Energiespeicherung bei – sowohl in Gebäuden als auch bei Batterien für Fahrzeuge.

Kreimeyer forderte, dass die Wissenschaftler an den Hochschulen mehr Watt in die Erforschung ökoeffizienter Technologien für die Energieversorgung der Zukunft stecken. Sie sollten die Energieforschung interdisziplinär vernetzen und gemeinsam mit Forschern aus den Chemieunternehmen zu diesen Themen verstärkt zusammenarbeiten. (Ze)

Das erwartet die chemische Industrie von der Bundesregierung

Die Chemie hat konkrete Vorstellungen, was die schwarz-gelbe Koalition tun sollte, um die richtigen Rahmenbedingungen für die Energieforschung in Deutschland zu setzen:

- Die Bundesregierung sollte die Förderprojekte zur Energieforschung ausbauen und die Beiträge der Chemieforschung zu einer effizienten Energieerzeugung, -speicherung und -nutzung stärker als bisher einbinden. Denn für eine künftige Energieversorgung sind komplexe Materialsysteme der Chemie notwendig.
- Die Politik sollte die geplante nationale Initiative zur Energieforschung nutzen, um eine Energieforschungspolitik aus einem Guss zu gestalten, welche die unterschiedlichen Programme der Ministerien bündelt und vor allem aufeinander abstimmt.
- Existierende und neue Techniken müssen ohne politische Scheuklappen konsequent weiterentwickelt werden. Aufgabe der Politik ist es, Vorbehalte in der Bevölkerung gegenüber Zukunftstechnologien abzubauen, damit das Industrieland Deutschland auch künftig international wettbewerbsfähig ist.

Das Positionspapier „Energieversorgung der Zukunft“ der Chemieorganisationen DBG, DECHEMA, DGMK, GDCh, VCI und VDI-GVC senden wir Ihnen gerne zu. Unter www.energie-und-chemie.de finden Sie außerdem detaillierte Rechnungen zur Potenzialanalyse.

SCHULPARTNERSCHAFT CHEMIE VERLÄNGERT

Fonds bleibt Partner der Schulen

Auch in der Wirtschaftskrise setzt die chemische Industrie die „Schulpartnerschaft Chemie“, das bundesweite Schulförderprogramm des Fonds der Chemischen Industrie, fort. Die Branche stellt dafür in den kommenden drei Jahren weitere 6,6 Millionen Euro zur Verfügung. Das kündigte Dr. Gerd Romanowski, Geschäftsführer des Fonds der Chemischen Industrie, vor kurzem auf einer Pressekonferenz im Lessing-Gymnasium – eine von über 2.200 geförderten Schulen – an.

Seit dem Start der „Schulpartnerschaft Chemie“ 2001 hat der Fonds der Chemischen Industrie über 17 Millionen Euro für einen besseren und attraktiveren Schulunterricht ausgegeben. Davon gingen allein 7,6 Millionen Euro an 2.215 Schulen in ganz Deutschland, damit Lehrer Geräte und Chemikalien für Experimente kaufen können. „Wir wollen, dass ein moderner, spannender Chemieunterricht Alltag in den Schulklassen wird“, begründete Fonds-Geschäftsführer Romanowski das Engagement. Und nach neun Jahren Schulpartnerschaft könne man uneingeschränkt sagen, dass sich diese Initiative der Chemie lohne: „Die Resonanz ist enorm, und die Qualität der Projekte sehr hoch“, sagte Romanowski.

Der Fonds investierte außerdem in Informationsmaterial für Lehrer und Schüler: zum Beispiel Experimentiersets und Infoserien zu aktuellen Themen wie nachwachsende Rohstoffe und Biotechnologie. Gefördert werden auch Partnerschaften zwischen Hochschulen

und Schulen, Projekte zur Chemiedidaktik sowie die Aus- und Weiterbildung von Lehrern. Außerdem unterstützt der Fonds Schüler-Wettbewerbe wie die großen Chemie-Experimental-Wettbewerbe in den Bundesländern – zum Beispiel „Jugend forscht“.

„Die Chemie übernimmt mit ihrem Engagement Verantwortung für die Zukunft junger Menschen in Deutschland“, betonte Romanowski. Doch gefordert sei auch die Politik, denn das Bildungssystem in Deutschland sei international verglichen ein Schwachpunkt. Um das Bildungsniveau vor allem in den naturwissenschaftlichen Fächern zu heben, schlug der Fonds-Geschäftsführer folgende Maßnahmen vor:

- naturwissenschaftlichen Sachunterricht bereits in der Grundschule einführen,
- bundesweit einheitliche Abschlüsse an allgemeinbildenden Schulen,

- ein Zentralabitur auf Landesebene mit zwei naturwissenschaftlichen Fächern.

Zudem sei eine bundesweit abgestimmte Reform der Lehrerausbildung notwendig, um den Praxisbezug zu stärken und die Vergleichbarkeit der Abschlüsse in den Lehramtsstudiengängen zu verbessern.

Anne Schröder-Happel, Oberstudienrätin und Fachlehrerin Chemie am Frankfurter Lessing-Gymnasium, lobte die Schulpartnerschaft Chemie als „wertvolle Hilfe“. Dadurch konnte die Schule Spezialgeräte und Basis-

„In der Unterrichtsförderung ist der Fonds der Chemischen Industrie unser wichtigster Sponsor.“

Anne Schröder-Happel, Fachlehrerin Chemie am Lessing-Gymnasium in Frankfurt

artikel, wie pH-Meter, elektronische Waagen oder spezielle Glasgeräte für die Laborarbeit, anschaffen und so die Schülerexperimente ausweiten. „In der Unterrichtsförderung ist der Fonds der Chemischen Industrie unser wichtigster Sponsor“, so Schröder-Happel.

Monika von Zedlitz

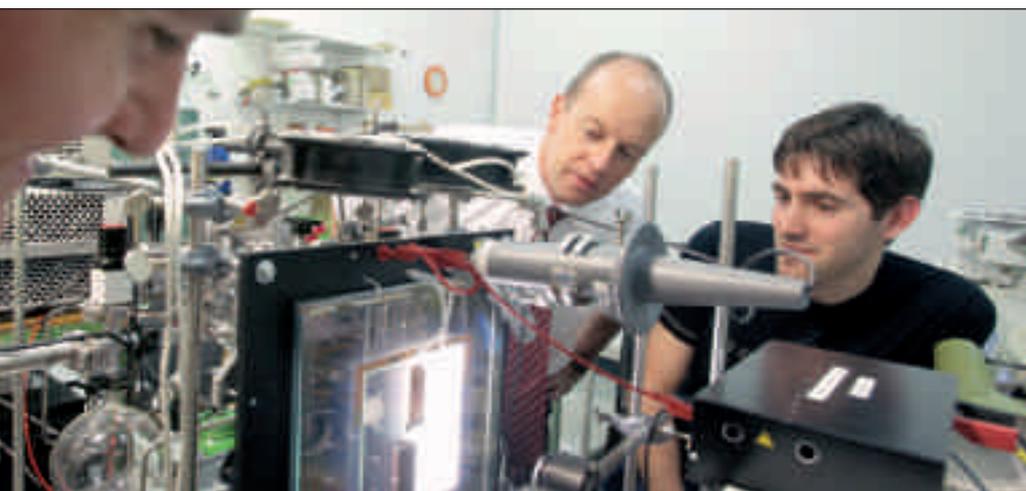


Experimente sind das Salz in der Suppe für einen spannenden und lebensnahen Chemieunterricht. Der Fonds unterstützt die Schulen dabei.

INNOVATIONSINDIKATOR 2009

Deutschland verliert an Boden

Im Ranking von 17 Industriestaaten reicht es für das deutsche Innovationssystem nur zu Rang 9 nach Platz 8 im Vorjahr. Ein großes Manko ist die nicht wettbewerbsfähige Finanzierungssituation der Unternehmen. Und auch das Bildungssystem bleibt ein wesentlicher Schwachpunkt. Das geht aus dem Innovationsindikator Deutschland 2009 hervor.



Bezogen auf den Forschungseinsatz erzielt Deutschland die meisten wirtschaftlich verwertbaren Resultate.

In kaum einem anderen Land kommen Unternehmer und Gründer so schwer an Kapital für innovative Projekte wie in Deutschland. Diese Situation könnte sich angesichts der internationalen Wirtschaftskrise weiter verschärfen und damit auch bei einem Aufschwung die Innovationsfähigkeit unseres Landes entscheidend hemmen. Zu diesem Schluss kommt der „Innovationsindikator Deutschland 2009“, den die Deutsche Telekom Stiftung und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) kürzlich veröffentlicht haben. Bereits zum fünften Mal wurde das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) mit der Erarbeitung der Studie beauftragt.

Die Finanzierungssituation und die Bildung gehörten zu den großen Schwachstellen des deutschen Innovationssystems, das im Vergleich der 17 weltweit führenden Industrienationen 2009 nur noch Rang 9 belegt und damit bei fast unverändertem Punktwert einen Platz zurückfällt. An der Spitze des Rankings stehen – trotz aller Probleme auch dort – die USA. Auf Platz zwei folgt die Schweiz,

der Vorjahressieger Schweden rutscht auf Rang drei ab.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat in diesem Jahr erstmals Handlungsfelder für Politik und Wirtschaft abgeleitet, die die Studie ergänzen. So empfehlen die Experten, die Unternehmen künftig besser als bisher dabei zu unterstützen, Innovationen über einen Mix aus eigenen

Mehr Anreize für Forschung

Der Innovationsindikator 2009 bestätigt die Bestandsaufnahme der deutschen Chemie, dass die Unternehmensforschung vom Staat besser gefördert werden muss. Deutschland zählt weiterhin zu den wichtigsten Innovationsstandorten der Chemie weltweit. Doch da der internationale Wettbewerbsdruck steigt, müssen bessere Rahmenbedingungen und Anreize für Forschung in Deutschland geschaffen werden.

Mitteln, Fremdmitteln und staatlichen Fördergeldern zu finanzieren.

Trotz schwieriger Rahmenbedingungen in Sachen Finanzierung und trotz Wirtschaftskrise blieben die Unternehmen auch 2009 die tragende Säule des Innovationsstandortes Deutschland, so die Studie weiter. Der Wirtschaft komme bei der Entwicklung neuer Produkte die nach wie vor hohe Effizienz der hiesigen Forschungsabteilungen zugute. So könne – abgesehen von Schweden – kein wichtiges Industrieland mit einem gegebenen Forschungsinput so viele wirtschaftlich verwertbare Ergebnisse erarbeiten wie Deutschland. Das zeigt die Gegenüberstellung der Forschungsinvestitionen und der Zahl an Wissenschaftlern auf der einen Seite und der Patentanmeldungen auf der anderen Seite. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung empfiehlt daher, die Ausgaben für Forschung und Entwicklung zu erhöhen. Dies käme dem Innovationsstandort Deutschland in jedem Fall zugute.

Ein gravierender Nachteil und damit eine wesentliche Innovationsbremse sei laut DIW-Studie das Bildungssystem, auch wenn sich Deutschland im Vergleich zum Vorjahr auf Rang 12 (2008: Platz 15) verbessert habe. „Deutschlands Zukunft beruht vor allem auf dem Wissen und Können seiner Bürger, daher können wir uns Mittelmäßigkeit im Bildungsbereich nicht leisten“, sagt Dr. Klaus Kinkel, Vorsitzender der Deutsche Telekom Stiftung. Deutschland müsse nicht nur deutlich mehr Geld für Bildung ausgeben, sondern vor allem die Rahmenbedingungen verbessern, damit die Qualität steigt. (Ze)

Die Studie steht unter www.innovationsindikator.de als Download zur Verfügung.

Innovationsindikator 2009: Die Empfehlungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW)

„Angesichts des weltweiten Wettbewerbsdrucks steht die deutsche Wirtschaft vor der Herausforderung, die Innovationsbemühungen weiter zu forcieren. Dafür braucht sie bessere Rahmenbedingungen. Bund und Länder sind daher aufgerufen, die Innovationsfähigkeit Deutschlands stärker ins Zentrum ihrer Politik zu rücken.“

- Die Politik sollte die exportorientierte deutsche Industrie darin unterstützen, ihre Vorteile im Bereich der Hochtechnologien auszubauen. Gleichzeitig müssen Hightech-Gründungen und die Entwicklung von **Spitzentechnologien** gestärkt werden. Im Rahmen der Hightech-Strategie beispielsweise sollte die Bundesregierung ihre Förderung auf Bereiche der Spitzentechnologie fokussieren, deren Forschung auch anderen Wirtschaftszweigen zugutekommt.

- Investitionen in die **Zukunftsfähigkeit** Deutschlands müssen in den öffentlichen Haushalten eine größere Bedeutung erhalten. Insbesondere müssen die Ausgaben für Forschung und Bildung erheblich gesteigert werden.

Die Untersuchung des DIW ist ein weiteres Plädoyer dafür, die FuE-Etats zu erhöhen. Aufgrund der hohen Effizienz würden zusätzliche Investitionen nicht im System versickern, sondern die Innovationsfähigkeit Deutschlands weiter verbessern.

- Wachsende **Bildungsetats** müssen flankiert werden von Reformen der

Rahmenbedingungen. Hier sind die Länder gefragt. Deren Abstimmungs-bemühungen dürfen nicht bei einheitlichen Vorgaben zur Lehrerausbildung und Bildungsstandards stehen bleiben. Zudem sollte das Kooperationsverbot aufgehoben werden, damit Bund und Länder künftig wieder zum Wohl des Bildungsstandortes zusammenarbeiten können.

- Die Bologna-Reform sollte gemeinsam weiterentwickelt werden. Die Politik muss dabei erreichen, dass sich die Akteure abstimmen und den Reformprozess so koordinieren, dass der qualitative Mehrwert der **Studiengänge** die bisherigen Stärken der akademischen Ausbildung übertrifft.

- Deutschland sollte sein Angebot an Kindertagesstätten und Ganztagsangeboten in Kindergärten und Schulen ausbauen, um besonders Frauen den schwierigen Spagat zwischen Beruf und **Kindererziehung** zu erleichtern.

- Die Unternehmen brauchen bessere Möglichkeiten, Innovationen über einen Mix aus staatlichen Fördergeldern und eigenen Mitteln zu finanzieren, damit sie nicht ganz so stark auf Kredite angewiesen sind. Dazu ist unter anderem eine zweigleisige Politik nötig: Auf der einen Seite kann der Staat die technologiespezifische Programmförderung in Hightech-Feldern sowie die technologieoffene Programmförderung der kleinen und mittleren Unternehmen beibehalten. Auf der anderen Seite sollte Deutschland zusätzlich eine **steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung** einführen.“

Einkaufskooperationen des VCI: Transportversicherungen

MITGLIEDERSERVICE Umfassendes Konzept mit attraktiven Konditionen zum Jahresbeginn 2010 verfügbar

Die Transportversicherung ist das neueste Angebot der VCI-Einkaufskooperationen, das mit Beginn 2010 zur Verfügung stehen wird. Vor wenigen Tagen hat der VCI mit Aon Jauch & Hübener, dem weltweit größten Versicherungsmakler, eine entsprechende Kooperationsvereinbarung unterzeichnet. Die Transportversicherung schützt Güter gegen Verlust und Beschädigung durch Gefahren, denen sie während des Transports ausgesetzt sind.

Das Transportversicherungskonzept, das speziell für die VCI-Mitglieder und ihre besonderen Bedürfnisse konzipiert wurde, baut auf der sogenannten „All-Risk-Deckung“ auf und wird um Deckungsbausteine ergänzt, die speziell Risiken der Unternehmen der chemischen Industrie während des Transports oder transportbedingter Zwischenlagerungen absichern.

Das Angebot enthält somit zwei Deckungskomponenten:

- die Basis-Deckung mit dem umfangreichen All-Risk-Versicherungsschutz gegen das Gros aller Risiken (Verlust und Beschädigung durch Verkehrsmittelunfall, Raub, Diebstahl, Bruch, Nässe etc.),
- die individuelle Zusatzdeckung, die Erweiterungsbausteine zur Basisdeckung enthält und die jeweilige Risikosituation des einzelnen Unternehmens bzw. Transports individuell berücksichtigt.

Wie bei allen anderen Angeboten der VCI-Einkaufskooperationen konnte auch bei der Transportversicherung durch die potenzielle Mengenbündelung auf der Nachfrageseite und die Marktstellung des Partners ein umfassendes Versicherungs-

konzept mit attraktiven Konditionen verhandelt werden. Aon hat als Versicherungspartner für das Angebot des VCI die Köln-Assekuranz, ein Unternehmen der Münchener-Rück-Gruppe, sowie die Allianz Global Corporate and Specialty ausgewählt. Ansprechpartner für alle Fragen rund um die Transportversicherung ist Aon.

Die VCI-Einkaufskooperation richtet sich in erster Linie an die mittelständisch geprägten Unternehmen im VCI. Die Teilnahme ist freiwillig, kostenfrei und weder an Abnahmemengen noch Mindestumsätze gekoppelt.

Aon Jauch & Hübener beschäftigt in Deutschland rund 1.500 Mitarbeiter an 7 Standorten. Ein Schwerpunkt der Arbeit liegt in der Beratung von Industrie- und Großunternehmen.

Weitere Informationen zu diesem neuen Angebot erhalten Sie direkt bei Aon von:

Ingo Scholle

Telefon: +49 208 7006-2163,

E-Mail: vci@aon.de.

Chemierechtstag 2010: REACH und die rechtlichen Anforderungen an die Unternehmen

Wie sieht es mit den Nutzungsrechten an Daten im Rahmen der REACH-Verordnung aus? Vor welchen aktuellen Herausforderungen stehen die europäische Chemikalienbehörde ECHA und das Bundesumweltministerium durch REACH, welche Entwicklungen zeichnen sich ab? Welche Informations- und Kommunikationspflichten ergeben sich aus der Verordnung für die Unternehmen? Kompetente Antworten zu diesen Fragen gibt der Chemierechtstag, den der Lexxion Verlag in Kooperation mit dem VCI am **27. Januar 2010**

in Frankfurt im Hotel Hessischer Hof ausgerichtet. Als Referenten sprechen Experten aus Regierung und Behörden sowie aus Industrie und Anwaltschaft, die aktuelle Einblicke in die jeweiligen Fachbereiche ermöglichen. Weitere Informationen erhalten Sie im Internet unter www.lexxion.de/chemierechtstag2010, wo Sie sich auch online anmelden können. Mitgliedsunternehmen des VCI können eine reduzierte Teilnahmegebühr (495 Euro zuzüglich Mehrwertsteuer) in Anspruch nehmen.

Entsorgung von Abfällen, die Nanomaterialien enthalten

VCI-LEITFADEN Rechtsrahmen und Hinweise für die Praxis

Bei der Produktion oder der Verwendung von Nanomaterialien können Abfälle mit nanoskaligen Partikeln entstehen. Der VCI hat jetzt für seine Mitglieder einen Leitfaden erarbeitet, der den Rechtsrahmen zur sicheren Entsorgung von solchen Abfällen erläutert und Hinweise für die Praxis gibt.

Der Leitfaden verdeutlicht, dass keine spezifischen Vorschriften im Abfallrecht erforderlich sind, um den sicheren Umgang mit Nanomaterialien in der Abfallphase zu regeln. Solche Abfälle kommen unter Umständen vor – beim Herstellen von Stoffen, Zubereitungen oder

Produkten, beim Bearbeiten und Reparieren von Produkten oder auch beim Entsorgen von Produkten am Ende ihres Lebenszyklus. Eine nanoskalige Teilchengröße eines Stoffes ist per se keine gefährliche Eigenschaft. Folglich ist es unbegründet, Abfälle, die Nanomaterialien enthalten, grundsätzlich als „gefährlich“ einzustufen. Vielmehr müssen die mögliche Gefährlichkeit eines Abfalls und die hieraus resultierenden Maßnahmen stets aus dem Chemikalienrecht und den dort vorgeschriebenen Stoffprüfungen abgeleitet werden. Sollte sich also herausstellen, dass ein bestimmter Stoff in

nanoskaliger Form gefährliche Eigenschaften hat, so ist das konkrete Produkt gemäß Chemikalienrecht entsprechend einzustufen und zu kennzeichnen. Hieraus werden dann auch entsprechende Maßnahmen zum Risikomanagement für den Abfall im speziellen Fall abgeleitet.

Der neue VCI-Leitfaden ergänzt die übrigen Leitfäden des VCI zum sicheren Umgang mit Nanomaterialien. Sie finden ihn in deutscher und englischer Sprache im VCI-Intranet unter www.vci.de, Rubrik Nanomaterialien.

Dr. Winfried Golla (golla@vci.de)

Normungspolitisches Konzept der Bundesregierung: Bewertung des VCI

Die Bundesregierung hat im September 2009 ihr normungspolitisches Konzept veröffentlicht. Die Erwartungen der Bundesregierung an die Normung orientieren sich dabei an den Schlussfolgerungen des Rats für Innovation und Normung des Europäischen Ministerrats zur Wettbewerbsfähigkeit vom September letzten Jahres. Dieses Konzept definiert die Ziele, welche die Bundesregierung mit Normung und Standardisierung erreichen will, und zeigt ein gemeinsames Förderkonzept auf.

Eines der Ziele ist, die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands als Wirtschafts- und Exportnation zu stärken. Gleichzeitig setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass die Normung ihre Nachhaltigkeitsziele unterstützt. Dabei wird betont, dass die Normen keine

qualitativen oder quantitativen (Ziel-)Vorgaben wie etwa gesundheitlich relevante stoffliche Grenzwerte enthalten. Die Bundesregierung verfolgt weiter die Zielsetzung, eine ausgewogene Mitwirkung aller Kreise (Vertreter aller Größenklassen von Unternehmen der Industrie) in den Normungsgremien tatsächlich zu ermöglichen. Dabei unterstützt sie ein gerade auf die Anforderungen des Mittelstandes ausgerichtetes Informations- und Beratungsangebot zu bestehenden und geplanten Normungs- und Standardisierungsarbeiten.

Der VCI begrüßt das Konzept, dass Normung grundsätzlich keine qualitativen oder quantitativen Vorgaben wie etwa stoffliche Grenzwerte enthalten soll. Damit wird klargestellt: Normen ersetzen die Gesetzgebung

nicht, sondern dienen nur zu ihrer Konkretisierung. Allerdings vermisst der VCI die Übernahme der Schlussfolgerung des Rats, Normen möglichst kostenfrei allen Besitzern zur Verfügung zu stellen. Weiterhin unterstützt der VCI die Forderung der Bundesregierung nach einer Bedarfsprüfung bei branchenübergreifenden Querschnittsnormen.

Der VCI begrüßt zudem die Position, den Mittelstand stärker in die Normungsarbeit einzubinden. Allerdings wurde der Vorschlag des BDI nicht von der Bundesregierung berücksichtigt, die Übernahme leitender Funktionen in einem Gremium einer internationalen Normungsorganisation durch einen KMU-Vertreter finanziell zu unterstützen.

Hermann Köhler (koehler@vci.de)

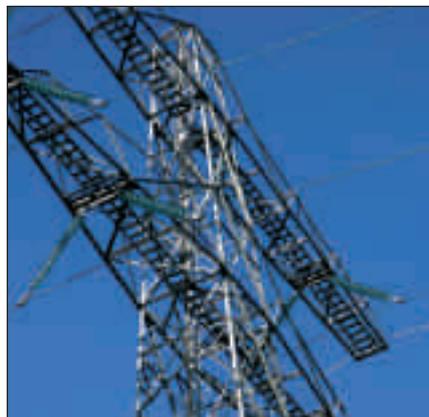
Spitzensteuerausgleich für 2010 sichergestellt

STROMSTEUER Entlastung von fast 1 Milliarde Euro jährlich für die Unternehmen der chemischen Industrie

Eine Entlastung von fast einer Milliarde Euro jährlich bei der Stromsteuer für Unternehmen der chemischen Industrie – das bringt zusammen mit weiteren Sonderregelungen der sogenannte Spitzenausgleich, der nun für 2010 sichergestellt ist. Unter Spitzenausgleich versteht man eine weitgehende Erstattung von gezahlten Strom- oder Energiesteuern, die Unternehmen des produzierenden Gewerbes auf Antrag erhalten.

Rechtlich handelt es sich beim Spitzenausgleich um eine Beihilfe, deren Genehmigung die EU-Kommission zuletzt an strenge Auflagen geknüpft hatte: So muss nun zeitnah nachgewiesen werden, dass das Minderungsziel der Klimaschutzvereinbarung der deutschen Wirtschaft bis 2012 erreicht wird. Dafür führt das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) ein Monitoring durch, das auf den Daten zum Energiever-

brauch der Branchen aus dem Vorjahr basiert. Das Statistische Bundesamt stellt diese Daten aber nur mit mindestens einjähriger Verzögerung bereit. Der VCI musste daher eine eigene Datenerhebung bei einer repräsentativ ausgewählten Gruppe von Mitgliedsunter-



Spitzenausgleich: Verlängerung nach 2012 offen

nehmen aufbauen. Ihren Härte-test hat diese Erhebung bereits bei einem Probelauf im letzten Jahr bestanden. Das RWI, die Verbände und die an der Datenerhebung beteiligten Unternehmen konnten in einem gemeinsamen Kraftakt den Monitoringbericht in diesem Jahr bereits im Sommer fertigstellen. Die Ergebnisse – die Zielerreichung lag 2008 bei 103,6 Prozent – wurden vom Bundeskabinett bestätigt und die erforderlichen Bekanntmachungen noch vor der Bundestagswahl im Bundesgesetzblatt veröffentlicht.

Damit ist der Spitzenausgleich für 2010 gesichert. Falls die Voraussetzungen weiter erfüllt sind, wird er jeweils um ein weiteres Jahr verlängert. Derzeit geprüft werden die Optionen für die Fortführung des Spitzenausgleichs für die Zeit nach 2012, wenn die derzeitige Selbstverpflichtung zum Klimaschutz ausläuft.

+++ Ticker +++ Ticker +++ Ticker +++ Ticker +++ Ticker +++ Ticker+++

NEUE WGK-EINSTUFUNGEN

Die Kommission Bewertung wassergefährdender Stoffe (KBwS) beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat auf ihren Sitzungen 2009 für eine Reihe von Stoffen Wassergefährdungsklassen (WGK) empfohlen. Diese Bewertungen werden dem BMU zur Bekanntmachung vorgeschlagen. Die Einstufungsliste können Sie beim Leserservice anfordern: chemiereport@vci.de

ERDBEBEN UND ANLAGENBAU

Zusammen mit der RWTH Aachen hat der VCI den Leitfaden „Der Lastfall Erdbeben im Anlagenbau“ erarbeitet. Er gibt Betreibern und Planern Empfehlungen für die Konstruktion von Anlagen des üblichen Hochbaus der

chemischen Industrie oder verwandter Industrien. Ziel des Leitfadens ist es, den Stand der Technik darzustellen und Rechtssicherheit im Genehmigungsverfahren zu erlangen.

Leserservice: Leitfaden + Erläuterungen

CHEMCOMPASS.DE: 10 JAHRE ONLINE

Hervorgegangen aus dem „Firmenhandbuch der Chemischen Industrie“ feiert www.chemcompass.de dieser Tage sein 10-jähriges Jubiläum. In Kooperation mit dem VCI ist es gelungen, das Portal zu einem wichtigen Informationsmedium der Chemiewirtschaft auszubauen. Der aktuelle Inhalt von rund 3.100 Herstellern und Händlern mit über 170.000 Produkten und Dienstleistungen der chemischen Industrie belegt die hohe Informationsdichte von ChemCompass. Mit durch-

schnittlich 700 Anwendern pro Tag wurden insgesamt über 30 Millionen Anfragen erfolgreich beantwortet. Kostenfrei und ohne Anmeldung steht ChemCompass jedem Anwender zur Verfügung. Alle VCI-Mitgliedsfirmen werden kostenfrei gelistet und haben die Möglichkeit, unlimitiert ihre Produkte registrieren zu lassen sowie Angebote und Gesuche auf dem integrierten Marktplatz zu veröffentlichen. **Kontakt: Steffen Seidler (info@chemcompass.de)**

ICIF CHINA 2010 IN SHANGHAI

Die im Zweijahresturnus stattfindende Messe ICIF China ist im Jahr 2010 vom 15.-17.9. in Shanghai – unter einem Dach mit der Analytica China. Veranstalter ist China Petroleum and Chemical Industry Association (CPCIA).



Die Zollschranken zwischen der EU und Südkorea fallen. Mitte Oktober war das Abkommen perfekt.

Freihandelsabkommen mit Korea unterzeichnet

RASCHER ZOLLABBAU Wichtiges Signal für den Wegfall von Handelsbarrieren

Mitte Oktober 2009 haben die EU-Handelskommissarin Catherine Ashton und der koreanische Handelsminister Kim Jong-Hoon das bisher wichtigste Freihandelsabkommen parapiert, das jemals zwischen der Europäischen Union und einem Drittland ausgehandelt wurde. Es wird voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2010 in Kraft treten. Die Chemie- und Pharmaindustrie begrüßt das Abkommen.

Es verbessert den Marktzugang, denn Zölle werden abgebaut und nicht-tarifäre Handelshemmnisse – gerade im Pharmabereich – beseitigt. Auch andere wichtige Themen greift das Abkommen auf.

Nicht nur die Chemie profitiert. Das Abkommen führt zu einem raschen und umfassenden Zollabbau im Sektor Industriegüter insgesamt. Nach Schätzungen der EU-Kommis-

sion werden für EU-Exporteure Zollhürden in Höhe von insgesamt jährlich 1,6 Milliarden Euro abgebaut. Dies wird zu einer Stimulierung der Nachfrage nach EU-Exporten führen. Bereits bei Inkrafttreten des Abkommens sollen allein für die fünf wichtigsten deutschen Exportsektoren zusätzliche Exportchancen nach Korea in Höhe von rund 6,4 Milliarden Euro jährlich entstehen.

Mit dem Abkommen werden auch nichttarifäre Hemmnisse beseitigt, zu denen Rechtsvorschriften und Normen in Wirtschaftszweigen wie der Automobil- und der Pharmaindustrie zählen. Auch für Dienstleistungssektoren wie Telekommunikation, Rechts- und Finanzdienstleistungen werden aufgrund weitgehender Zusagen von Korea Vorteile erwartet.

Das Freihandelsabkommen enthält darüber hinaus weitere wichtige Regelungen: Einen allgemeinen Streitbeilegungsmechanismus, ein Verbot von Industriesubventionen, klare Wettbewerbsregeln, Regeln zum Schutz geistigen Eigentums und zur Durchsetzung dieser Rechte sowie einen besseren Zugang zu den öffentlichen Beschaffungsmärkten Koreas.

In Zeiten weltweit wachsenden protektionistischen Drucks ist das Abkommen ein wichtiges Signal für den Abbau von Handelsbarrieren. Die chemische Industrie hat bei diesem Abkommen erfolgreich eine rasche Marktöffnung angestrebt. Das Abkommen mit Korea geht zudem – wie vom VCI gefordert – über den Regelungsrahmen der WTO hinaus und enthält einen robusten Streitschlichtungs-Mechanismus. *Dr. Matthias Blum (blum@vci.de)*

Deutschland wichtigster EU-Handelspartner Koreas für Chemikalien

Die Republik Korea ist der achtwichtigste Handelspartner Deutschlands außerhalb der EU – ihr Anteil an den Extra-EU-Exporten liegt bei mehr als 2 Prozent. 2008 haben die deutschen Chemieunternehmen Waren im Wert von über 1,5 Milliarden Euro nach Korea geliefert. Seit Jahren erzielt Deutschland im Chemiehandel mit Korea einen deutlichen Überschuss, zuletzt von knapp 1 Milliarde Euro. Innerhalb der EU ist

Deutschland mit Abstand der größte Lieferant von chemischen Erzeugnissen nach Korea: Knapp ein Drittel aller EU-Exporte kommt von hier. Die durchschnittlichen Chemieexporte nach Korea sind mit 5,9 Prozent höher als die der EU.

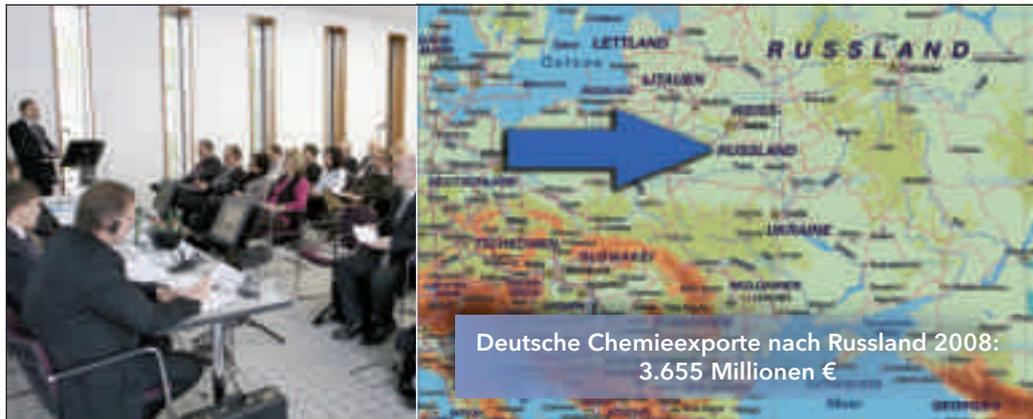
Durch das Freihandelsabkommen werden zügig alle Zölle aufgehoben und einige nichttarifäre Hemmnisse zwischen den beiden Volkswirtschaften beseitigt. Hiervon profitiert die deutsche Chemie: Nach fünf Jahren werden

auf Chemieerzeugnisse aus deutscher Produktion jährlich geschätzte 60 bis 90 Mio. Euro an Zöllen wegfallen. Eine Studie des Bundeswirtschaftsministeriums schätzt das zusätzliche Exportpotenzial für die deutsche Chemieindustrie bei Inkrafttreten auf rund 210 Millionen Euro pro Jahr, nach vollständiger Implementierung auf rund 390 Millionen Euro pro Jahr. Hinzu kommen steigende Exportpotenziale bei Pharmazeutika.

Ausfuhren nach Russland: Besonderheiten und Vorschriften kennen

ZOLLSEMINAR Präsentationen im VCI-Extranet für Mitgliedsunternehmen verfügbar

Die Bedeutung des russischen Marktes hat in den zurückliegenden Jahren für die VCI-Mitgliedsunternehmen ständig zugenommen: Die Chemie-Exporte in die Russische Föderation haben seit 2005 um 69 Prozent zugelegt. Dadurch ist auch der Bedarf an fundierter Beratung in Zollfragen und anderen wichtigen Sachverhalten gestiegen, die im Zusammenhang mit dem Export stehen. Erschwerend kommt hinzu, dass sich die russischen Zollverfahren offensichtlich in einer gewissen Transformationsphase befinden. Zudem rückt der beabsichtigte Beitritt der Föderation zur Welthandelsorganisation und die damit verbundene Angleichung der russischen Zollvorschriften an die WTO-Vorgaben wohl in weitere Ferne: Russland hat vor kurzem bekannt gegeben, dass es zunächst mit Kasachstan und Weißrussland eine Zollunion bilden will. Vor diesem Hintergrund hat der VCI Anfang Oktober gemeinsam mit der Kanzlei Mannheimer Swartling, St. Petersburg, ein Seminar veranstaltet, das umfassende Informationen zum Export von Chemieerzeugnissen nach Russland vermittelte. Es referierten Anwälte



Das Zollseminar in Frankfurt stieß auf großes Interesse bei den Mitgliedsunternehmen.

sowie russische und deutsche Experten für Zollrecht, russisches Zertifizierungswesen und Frachtverkehr nach Russland. Schwerpunkte des Seminars waren: Ausgestaltung der russischen Zollvorschriften, grundlegende Unterschiede zwischen EU- und russischem Zollrecht, Bedingungen für die Vorlage von Zertifikaten und Verfahren für deren Erteilung, Besonderheiten der zivilrechtlichen Ausgestaltung von Lieferverträgen einschließlich der Regelung von Haftungsfragen, Verfahren zum Schutz des

geistigen Eigentums nach russischem Recht sowie Veränderungen und Auswirkungen des Frachtverkehrs durch den aktuellen Zollerlass. Für die Übersetzung der Vorträge aus dem Russischen sorgten zwei Simultan-Dolmetscherinnen. *Claudia Kurz (kurz@vci.de)*

Die im Seminar gezeigten Präsentationsfolien können Mitgliedsunternehmen im VCI-Extranet über folgenden Link abrufen:

<https://extranet.vci.de/default2.asp?cmd=shd&docnr=126159>

„E-Learning“-Programm für die Kontrolle von Drogenvorprodukten

Die EU-Kommission hat ihren Leitfaden für die chemische Industrie, der die Maßnahmen zur Verhinderung des Abzweigens relevanter Chemikalien für Drogenvorprodukte erläutert, mit einem elektronischen Trainingsprogramm ergänzt. In Form eines E-Learning-Programms sollen sich Anwender an ihrem Arbeitsplatz selbst relevantes Wissen aneignen und bei Bedarf jederzeit auf die Informationen zugreifen können. Es enthält neben einem theoretischen Teil mit den entsprechenden gesetzlichen Grundlagen zur Grundstoffüberwachung in der EU auch einen praktischen Teil. Mit typischen Fallbeispielen sollen die verschiedenen Arbeitsbereiche in einem Unternehmen – Management, Vertrieb, Produktion, Sicher-

heit, Exportkontrolle – angesprochen werden.

Im Mai 2009 hatte die Kommission das Trainingsprogramm ausgewählten Wirtschaftsbeteiligten in einer ersten Version vorgestellt. Jetzt hat sie das Programm, vorerst in englischer Sprache, den nationalen Behörden zur



Der Durchlauf des Trainingsprogramms mit Bearbeitung der gestellten Fragen dauert etwa 2 bis 3 Stunden. Eine Reduzierung auf bestimmte Teile oder Themen ist jederzeit möglich. Am Ende des Programms kann der erzielte Lernerfolg mithilfe eines Fragenkatalogs selbst überprüft werden.

Verfügung gestellt. In Deutschland ist die zuständige Behörde die Gemeinsame Grundstoffüberwachungsstelle ZKA/BKA (GÜS). Eine deutsche Version soll zum Jahresende folgen. Einzelheiten hierzu finden Sie im VCI-Extranet unter „Kontrolle von Drogenvorprodukten“.

Unternehmen, die sich für einen Einsatz des Programms interessieren, bitten wir, sich per Fax (0611 55-14093) an die GÜS oder an den VCI (kurz@vci.de) zu wenden; wir leiten Ihre Anfrage an die GÜS weiter. Weitere Informationen zum „Course on Drug Precursor Control for Economic Operators“ finden Sie auf der Internet-Seite der EU-Kommission unter http://ec.europa.eu/taxation_customs/common/elearning/drug_precursor/index_en.htm



Mit dem „Ja“ der Iren Anfang Oktober nahm der Vertrag von Lissabon eine wichtige Hürde

DER VERTRAG VON LISSABON

Was sich in der EU jetzt ändert

Nach der Unterschrift des tschechischen Präsidenten konnte der Vertrag von Lissabon am 1. Dezember in Kraft treten. Er ändert und ergänzt die Vertragsgrundlagen der Gemeinschaft und schafft Voraussetzungen für eine arbeitsfähige EU.

Durch den Vertrag von Lissabon erhält die EU eine einheitliche Struktur und eine eigene Rechtspersönlichkeit. Er schafft die institutionellen Voraussetzungen für eine arbeitsfähige Europäische Union mit 27 und mehr Mitgliedsstaaten. Auch wenn die Veränderungen institutionell von großer Bedeutung sind, haben die Neuerungen für die chemische Industrie wenig Auswirkungen, da die Gesetzgebungskompetenz der EU in den chemierelevanten Bereichen schon durch die früheren Verträge begründet wurde.

NEUE STRUKTUR DER INSTITUTIONEN

- Die zukünftige Zahl der Europaabgeordneten beträgt 751. Dabei gilt ein Minimum von sechs sowie ein Maximum von 96 pro Land.
- Der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs wird erstmals im Vertrag als Organ der EU aufgeführt und erhält somit den Status einer Institution. Vorsitzender des Europäischen Rats wird ein ständiger Ratspräsident.
- Die Kommission besteht weiterhin aus einem Mitglied pro Mitgliedsstaat. Der Vertrag sieht zwar eine Verkleinerung vor, diese kann jedoch durch einstimmigen Beschluss des Europäi-

schen Rats verändert werden. Außerdem wird das Amt des Hohen Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik eingeführt, der gleichzeitig dem Ratssekretariat vorsteht und Vizepräsident der Kommission ist.

ÄNDERUNG BEI DER GESETZGEBUNG

- Die Mitentscheidung von Europäischem Parlament und Rat wird zur Regel und damit ein ordentliches Gesetzgebungsverfahren.
- Der Vertrag sieht eine Ausweitung der qualifizierten Mehrheitsabstimmungen im Rat vor. Hierzu ist eine doppelte Mehrheit erforderlich. 55 Prozent der Mitgliedstaaten und 65 Prozent der EU-Bevölkerung müssen hinter einem EU-



Der Lissabon-Vertrag schlägt ein neues Kapitel in der Geschichte der europäischen Staatengemeinschaft auf.

Gesetzgebungsvorschlag stehen. Dies gilt ab 2014, mit einer zusätzlichen Übergangsperiode bis 2017 (Ioannina-Klausel).

Die Kommission behält zwar das alleinige Recht, die Initiative für Gesetzesvorschläge zu ergreifen. Europäisches Parlament und Rat können die Kommission jedoch zur Tätigkeit auffordern. Zusätzlich wird ein europaweites Bürgerbegehren eingeführt, das mindestens 1 Million Stimmen erfordert.

In Bezug auf die Aufgabenverteilung zwischen Mitgliedsstaaten und EU unterscheidet der Vertrag jetzt zwischen ausschließlicher (z.B. Handelspolitik), geteilter (z.B. Binnenmarkt und Umwelt) und unterstützender (z.B. Industrie) Zuständigkeit und enthält somit eine klarere Verteilung der Kompetenzen. Die nationalen Parlamente erhalten das Recht, Einwand gegen EU-Gesetzesentwürfe zu erheben.

NEUE THEMEN

Der Vertrag enthält ein neues Kapitel über Energie, in dem die wichtigsten Zuständigkeiten und die Gesamtziele der Energiepolitik für Energiemärkte, Energieeffizienz, Versorgungssicherheit und Entwicklung neuer Energieträger festgelegt sind. Zudem wird der Klimaschutz erstmals im Vertrag verankert. Die Handelspolitik umfasst jetzt auch direkte Auslandsinvestitionen und stärkt den Schutz geistigen Eigentums europaweit. Außerdem enthält der Vertrag nun eine Ausstiegsklausel, die es Mitgliedern ermöglicht, die EU zu verlassen. Prof. Dr. Reinhard Quick (quick@vci.de)

CHEMIEKONJUNKTUR

Unternehmen hoffen auf bessere Geschäfte

Schlaglichter: 2009 massiver Einbruch der Produktion ●● Nachfrage für Chemikalien zieht wieder an ●● Kapazitätsauslastung noch immer unbefriedigend ●● Prognose des VCI für das Gesamtjahr 2010: Produktion wächst um 5 Prozent und Gesamtumsatz steigt um 6 Prozent ●● Geringer Rückgang der Beschäftigung ●●

Die chemische Industrie in Deutschland hat eines der schwierigsten Jahre in ihrer Geschichte hinter sich gebracht. Der Einbruch der Chemieproduktion von 10 Prozent gegenüber 2008, der alle Geschäftsfelder erfasste, lässt sich nur mit dem Rückgang in der ersten Ölkrise vor 35 Jahren vergleichen. In der Branche überwiegt jetzt jedoch wieder Zuversicht, die Unternehmen hoffen auf bessere Geschäfte. Der VCI geht davon aus, dass die Produktion im nächsten Jahr um 5, der Umsatz um 6 Prozent steigen werde. Dabei spielt der Basiseffekt allerdings eine große Rolle: „Wir kommen aus einem tiefen Tal. Der Weg zurück zum Gipfel, auf dem die Chemie noch im ersten Halbjahr 2008 stand, wird mehrere Jahre in Anspruch nehmen“, betont VCI-Präsident Prof. Dr. Ulrich Lehner.

Auch wenn in der zweiten Jahreshälfte die meisten der vorübergehend abgeschalteten Anlagen wieder angefahren worden sind, darf die Krise noch nicht zu den Akten gelegt werden. Die branchenweite Kapazitätsauslastung liegt mit aktuell 77 Prozent weiterhin

deutlich unter dem in der Chemie üblichen Niveau von 83 bis 85 Prozent.

• **Umsatz:** Der Gesamtumsatz der deutschen chemischen Industrie verfehlte 2009 das Vorjahresniveau um 12,5 Prozent und sank auf 154,4 Milliarden Euro. Das Geschäft mit Kunden im Ausland zeigte sich dabei etwas stabiler als der Inlandsumsatz: Der Auslandsumsatz sank um 12 Prozent auf 85,4 Milliarden Euro. Der Inlandsumsatz brach um 13,5 Prozent auf 69,0 Milliarden Euro ein.

PREISE AUF BREITER FRONT GESUNKEN

Die Chemikalienpreise sind 2009 auf breiter Front gesunken. Sie lagen im Durchschnitt um 2,5 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor. Stark rückläufige Rohstoffkosten für Öl und Gas und die schwache Nachfrage zogen die Preise nach unten. Ab Mitte des Jahres stabilisierte sich die Situation.

• **Beschäftigung:** Die Zahl der Arbeitsplätze in der Branche ging verglichen mit dem starken Einbruch der Produktion nur wenig zurück: Die deutsche Chemieindustrie beschäftigte

2009 mit durchschnittlich 435.000 Mitarbeitern rund 1,5 Prozent weniger Personal als ein Jahr zuvor. „Kurzarbeit und flexible Instrumente aus dem Tarifvertrag haben einen stärkeren Stellenabbau verhindert. Das gesamte verarbeitende Gewerbe in Deutschland hat in derselben Zeit fast doppelt so viele Arbeitsplätze verloren“, so der VCI-Präsident.

• **Investitionen:** Im Zuge der Weltwirtschaftskrise sowie der Kostensenkungsprogramme haben die Chemieunternehmen ihre Investitionen im Jahr 2009 deutlich zurückgefahren, berichtet der VCI. Kleinere Investitionsvorhaben wurden verschoben, mit der Planung größerer Projekte hielten sich die Firmen stark zurück. Dadurch sanken die Investitionen der Chemie um 10 Prozent auf 6,3 Milliarden Euro. Angesichts der niedrigen Kapazitätsauslastung wurde besonders auf Erweiterungsinvestitionen verzichtet. Die geringe Auslastung der Produktionsanlagen spricht nach Ansicht des VCI dafür, dass die Unternehmen ihre Investitionen 2010 nicht ausdehnen werden.

Manfred Ritz

Entwicklung der deutschen Chemieproduktion

Index 2005=100; Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



Massiver Einbruch zu Beginn des Jahres: Die weltweit schwache Nachfrage traf die Branche schwer. Alle Sparten waren betroffen. In der zweiten Jahreshälfte 2009 kam die Trendwende.

Produktion ausgewählter Chemiesparten

Quellen: Statistisches Bundesamt, Chemdata

Sparten	Anteil am gesamten Produktionsindex (%)	Jan.-Okt. 2009 Produktionsindex	Jan.-Okt. 2009 Veränderung Vorjahr (%)
Pharmazeutika	29,8	118,1	- 3,3
Polymere	24,0	80,6	- 23,7
Fein- und Spezialchemikalien	19,9	90,6	- 17,4
Petrochemikalien und Derivate	12,8	90,1	- 13,8
Wasch- und Körperpflegemittel	7,2	97,7	- 10,6
Anorganische Grundchemikalien	6,3	78,7	- 24,1
Chemische Industrie	100	86,7	- 13,7
Chemische Industrie ohne Pharma		96,1	- 18,8

Produktionsindex, saisonbereinigt, Basisjahr 2005 = 100

TOXIKOLOGIE: ERSTER STUDIENGANG AN EINER MEDIZINISCHEN FAKULTÄT

Charité betritt Neuland mit Masterstudiengang

Zum Wintersemester 2008 startete an der Charité-Universitätsmedizin Berlin der erste Masterstudiengang Toxikologie, der in Deutschland von einer medizinischen Fakultät angeboten wird. Zugangsvoraussetzung für den weiterbildenden Studiengang ist ein berufsqualifizierender Hochschulabschluss. Es handelt sich um ein modernes, medizinisch-naturwissenschaftlich ausgerichtetes Studium mit interdisziplinärem Charakter.

Der Masterstudiengang Toxikologie wird in modularisierter Form durchgeführt. Die Vorlesungen und Praktika finden während des Semesters an jeweils drei Tagen pro Woche statt. Das Studium wird nach vier Semestern mit dem Abschluss „Master of Science“ beendet. Der Masterstudiengang soll insbesondere solche Erkenntnisse, Methoden und Fähigkeiten vermitteln, die das wissenschaftliche Arbeiten auf dem Gebiet der Toxikologie ermöglichen und die Studierenden auf ihre zukünftigen Tätigkeiten und Aufgaben in universitären und anderen Forschungseinrichtungen, in Behörden, in der chemisch-pharmazeutischen Industrie sowie in Lehre und Ausbildung vorbereiten. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass vor allem bei Behörden und der Industrie ein zunehmender Bedarf an Toxikologinnen und Toxikologen besteht, dem ein Mangel an qualifizierten Bewerbern gegenübersteht.

Großes Interesse

Es stehen 30 Plätze in diesem Studiengang zur Verfügung; die Immatrikulation erfolgt einmal jährlich zum Wintersemester. Sowohl für die erste Immatrikulation im letzten Jahr als auch 2009 lagen deutlich mehr Bewerbungen vor, als Studienplätze vorhanden sind. Dies zeigt das große Interesse an dieser Ausbildung und unterstreicht den Bedarf an gut und gründlich ausgebildeten Toxikologen in Deutschland.

Der Start dieses weiterbildenden Studienganges wurde unter anderem durch die Anschubfinanzierung des Fonds der Chemischen Industrie ermöglicht. Dadurch konnten die apparativen Voraussetzungen für die Durchführung der insgesamt neun Praktika

geschaffen werden. An der Lehre im Masterstudiengang sind Hochschullehrer und Mitarbeiter der Charité-Universitätsmedizin Berlin, der Universität Potsdam, des Bundesinstituts für Risikobewertung sowie weiterer Institutionen der Region maßgeblich beteiligt. Dazu gehören die folgenden Einrichtungen: Deutsches Institut für Ernährungsforschung in Potsdam Rehbrücke (DIFE), Freie Universität Berlin, Technische Universität Berlin, Biochemisches Institut für Umweltcarcinogene (Grosshansdorf), Umweltbundesamt sowie die pharmazeutischen Unternehmen Nycomed GmbH, Bayer-Schering Pharma AG und Merz Pharma GmbH. Ein Teil der Vorlesungen und Praktika wird durch Referenten aus diesen Institutionen und Firmen geleistet, darüber hinaus wird der Studiengang von den drei genannten Unternehmen finanziell unterstützt. Dadurch gelingt es, die Studiengebühren auf dem aktuellen Niveau von 1.100 Euro pro Semester zu halten, während andere weiterbildende Masterstudiengänge deutlich höhere Gebühren verlangen müssen.

Da der Studiengang nur zeitlich begrenzt von der Charité finanziell gefördert werden kann, wurde im Jahr 2008 ein Verein zur Förderung des Masterstudienganges Toxikologie / Friends of Berlin School of Toxicology e.V. gegründet. Die Mittel dieses Vereins sind für die direkte Unterstützung der Studierenden in Form von Stipendien vorgesehen. Auf Antrag erhielten zum Beispiel 15 Studierende im vergangenen Semester ein einmaliges kleines Stipendium in Höhe von 350 Euro.

Prof. Ralf Stahlmann

Detaillierte Informationen über den Masterstudiengang Toxikologie, den Förderverein, das „Kolloquium Toxikologie“ und andere Aspekte des Studienganges sind auf der Internetseite des Studienganges verfügbar: www.master-toxikologie.de



Der Studiengang Toxikologie an der Berliner Charité wird vom Fonds der Chemischen Industrie gefördert.

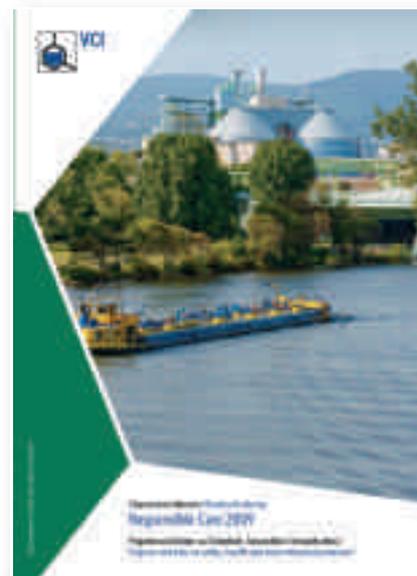
Responsible-Care-Bericht erneut verifiziert

Der vierzehnte deutsche Responsible-Care-Bericht informiert über die Fortschritte der Branche bei Arbeitssicherheit, Gesundheit, Anlagensicherheit und Gefahrenabwehr, Transportsicherheit und Umweltschutz. Außerdem wird über beispielhafte Projekte im Sinne verantwortlichen Handelns berichtet. Erstmals berücksichtigt der jährlich erscheinende Bericht die amtliche Emissionsdaten-Erhebung des Umweltbundesamtes, das Schadstofffreisetzungs- und -verbringungsregister (PRTR).

Mit diesem Bericht veröffentlicht die chemische Industrie nach einem internationalen Standard des Weltchemieverbandes (ICCA) ein Set von Daten, die freiwillig von den Unter-

nehmen gemeldet werden. Einige dieser Kennzahlen werden mittlerweile auf gesetzlicher Grundlage an das Umweltbundesamt gemeldet. Erstmals in diesem Jahr wurden Daten für 2007 veröffentlicht. Dabei handelt es sich um Werte für die Freisetzung beziehungsweise Verbringung von Schadstoffen in Luft und Gewässer sowie um Abfälle. Der VCI beendet deshalb seine freiwillige Erhebung bei diesen Indikatoren und zitiert von nun an die amtlichen Zahlen im RC-Bericht. Eine nahtlose Fortschreibung der freiwillig erhobenen Daten war allerdings nicht möglich. Denn Meldeschwellen und die unterschiedliche Zuordnung der Unternehmen zu Wirtschaftszweigen führen zu Werten, die aus Sicht der chemischen Industrie ein verzerrtes Bild der tatsächlichen Verhältnisse zeigen. So wird beispielsweise die Wirkung von Kläranlagen in Chemieparcs bei den Freisetzungen der Chemieunternehmen dieser Parks nur unzureichend berücksichtigt, da im PRTR die Chemieparkbetreiber nicht der Chemie, sondern dem Energiesektor zugeordnet werden.

Im Sinne besserer Nachvollziehbarkeit für die Leser hat die Deloitte Cert Umweltgutachter GmbH den 36-seitigen Responsible-Care-



Neues Design: Der aktuelle RC-Bericht 2009

Bericht zum dritten Mal geprüft und verifiziert. Mit dieser sogenannten Third Party Verification ist der VCI Vorreiter innerhalb der internationalen Responsible-Care-Initiative mit mehr als 50 nationalen Programmen. In seinem Vorwort weist VCI-Präsident Professor Dr. Ulrich Lehner darauf hin, dass die chemische Industrie mit Responsible Care und ihrer Initiative zur Global Product Strategy wichtige Beiträge zum verantwortungsvollen Umgang mit Chemikalien weltweit leistet.

Der Responsible-Care-Bericht 2009 des VCI kann im Internet unter www.vci.de oder www.responsible-care.de bestellt werden.



Verpackungsverordnung: Großes Interesse an VCI-Info

Experten der chemischen Industrie, des Chemiehandels und des DIHK erläuterten Anfang November die Inhalte der 5. Novelle und neue Instrumente für den Nachweis der sachgerechten Rücknahme gebrauchter Verpackungen. Es wurde deutlich, wo die veränderten Aufgaben der Verpflichteten liegen, welche Erfahrungen bisher gemacht wurden und welche Varianten die chemische Industrie nutzen kann, um ihre Rücknahme- und Verwertungspflicht entsprechend der Verpackungsverordnung zu erfüllen. Für die Teilnehmer war die Zusammenkunft im VCI eine Gelegenheit, neue Gesprächspartner zu treffen, sich über Hinweise aus dem Koalitionsvertrag und die Gestaltung einer möglichen 6. Novelle auszutauschen.

Crossmedia im chemie report: Vernetzung von Print und Web

Die Ausgaben der Mitgliederzeitschrift werden seit jeher im VCI-Extranet für die Unternehmen als PDF-Dateien zur Verfügung gestellt. Neu ist: Alle genannten Links ins Internet oder E-Mail-Adressen sind in der PDF-Datei klickbar und voll funktionsfähig.

Neue Regeln für den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen

Das Bundesumweltministerium (BMU) plant, die unterschiedlichen Anlagenverordnungen der Länder in einer bundeseinheitlichen „Verordnung zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen“ (VUmwS) zusammenzuführen. Das BMU will den Referentenentwurf zum Jahreswechsel 2009/2010 vorlegen. Daran schließt sich die Anhörung der Verbände an. Die Hauptanliegen des VCI sind:

- Rechtmäßig genehmigte und errichtete

Anlagen müssen einen uneingeschränkten Bestandsschutz erhalten;

- keine neuen Berichtspflichten bei der WGK-Einstufung für Zubereitungen;
- keine Ausweitung der VUmwS auf Abfälle und Ersatzbaustoffe.

Das BMU hat zugesichert, Kritikpunkte der chemischen Industrie im nächsten Entwurf zu berücksichtigen. Der VCI und seine Landesverbände begleiten das Thema mit hoher Priorität.



Die große Zahl von Teilnehmern in manchen Foren zum Austausch von Stoffinformationen macht die Abstimmung aufwändig und kompliziert.

IM SIEF KOOPERIEREN UND DOSSIERS FÜR DIE REGISTRIERUNG EINREICHEN

REACH: Neue Musterverträge bieten Hilfestellung

Spätestens am 30. November 2010 müssen die ersten Registrierungsdossiers für viele vorregistrierte Phase-in-Stoffe, vor allem mit großer Produktionsmenge, bei der Chemikalienagentur der EU eingereicht werden. Die Vorbereitung der Dossiers erfolgt in Foren zum Austausch der Stoffinformationen (SIEF). Diese sind häufig sehr groß, was die Kommunikation unter den Unternehmen und die Organisation der Foren erschwert. Die neuen Musterverträge des europäischen Chemieverbandes Cefic, in deren Mittelpunkt das SIEF Agreement steht, bieten Hilfestellungen für eine rechtssichere Zusammenarbeit für die Foren.

Die REACH-Verordnung sieht die Bildung eines SIEF (Substance Information Exchange Forum) zwischen Herstellern und Importeuren zu identischen Phase-in-Stoffen vor. Ziel des SIEF ist es, die gemeinsame Nutzung von Daten für die Registrierung zu erleichtern und so unnötige Tierversuche zu vermeiden. Darüber hinaus ist das SIEF Ausgangspunkt für die Organisation der gemeinsamen Einreichung von Daten gemäß Artikel 11 der Verordnung.

Angesichts der enormen Zahl der Vorregistrierungen sind manche SIEFs sehr groß – in Extremfällen umfassen sie mehrere tausend

Teilnehmer. Zudem hat sich herausgestellt, dass viele SIEF-Teilnehmer nicht über ausreichende Ressourcen verfügen, um an der Erarbeitung des gemeinsamen Registrierungsdossiers aktiv mitzuwirken. Häufig ist nur eine geringe Anzahl von SIEF-Teilnehmern, die in der Regel auch über die meisten Daten verfügen, dazu bereit und in der Lage. Dieser Situation trägt das SIEF Agreement Rechnung.

Ergänzt wird das SIEF Agreement durch das Data-sharing Agreement und das Cooperation Agreement. Zusammen mit dem bereits 2007 entwickelten Musterkonsortialvertrag

steht nunmehr ein Baukasten verschiedener Musterverträge zur Verfügung, der je nach den Gegebenheiten im SIEF passende Lösungen bietet. Erläuterungspapiere und ein tabellarischer Überblick erleichtern die Arbeit mit den Vertragsmustern.

Das SIEF Agreement basiert auf dem SIEF Code Model und wird zwischen dem federführenden Registranten und den SIEF-Teilnehmern der Kategorie 2 „involved“ und 3 „passive“ geschlossen („Non-Lead Member“), wobei der federführende Registrant auch im Namen der SIEF-Teilnehmer der Kategorie 1 „leading“ handelt. Diese im Vertrag als „Lead Members“ bezeichneten SIEF-Teilnehmer der Kategorie 1 „leading“ können in Form eines klassischen Konsortiums oder in anderer Weise organisiert sein. Ziel des SIEF Agreements ist die Einigung über die Regeln für den Datenaustausch zwischen den SIEF-Teilnehmern und die Einräumung des Rechts, an der gemeinsamen Einreichung des Registrierungsdossiers

teilzunehmen sowie auf Studien Bezug zu nehmen. Es deckt sowohl die Phasen der Dossiererstellung und der Datenteilung ab als auch die Phase der Teilnahme an dem gemeinsamen Dossier. Die Phase vom Pre-SIEF zum SIEF wird nicht erfasst. Über eine „Joint Registration Compensation“ werden die Non-Lead Members an den Kosten des gemeinsamen Registrierungsdossiers beteiligt. Bei der Berechnung des individuellen Kostenanteils wird berücksichtigt, dass nicht jeder SIEF-Teilnehmer den vollen Datensatz benötigt.

Aufgrund der drei Registrierungsfristen 2010, 2013 und 2018 – die zum jeweiligen Mengenband gehören – ist zum Zeitpunkt der ersten Registrierungsfrist trotz Abfrage nach der grundsätzlichen Registrierungsbereitschaft über das SIEF Code Model schwer abzuschätzen, wie viele SIEF-Teilnehmer sich tatsächlich an der gemeinsamen Einreichung beteiligen werden. Eine abschließende Kostenteilung nach der Anzahl der teilnehmenden Registranten an der gemeinsamen Registrierung ist daher erst nach Ablauf der letzten Registrierungsfrist 2018 möglich. Auch die Verwaltungskosten können erst 2018 endgültig ermittelt werden. Die Kosten für die Erarbeitung des gemeinsamen Dossiers fallen hingegen bereits vor Ablauf der ersten Registrierungsfrist an. Es stellt sich vor diesem Hintergrund die Frage, wann und auf welcher Bemessungsgrundlage die Joint Registration Compensation vom jeweiligen Registranten zu zahlen ist. Bezugspunkt kann entweder die geschätzte Zahl aller Registranten sein oder



Die erste Registrierungsfrist endet November 2010.

nur die jeweils 2010, 2013 oder 2018 teilnehmenden Registranten, wobei die zweite Option eventuell mit Rückerstattungsregelungen an frühere Registranten verbunden ist. Die Kostenteilung zwischen allen Registranten steht somit in einem Spannungsfeld zwischen einer exakten anteiligen Kostenteilung einerseits und Praktikabilitätsabwägungen andererseits. Je nach den Bedürfnissen des jeweiligen SIEF kann eine von drei Optionen zur Ausgestaltung der Kostenteilung gewählt werden.

DATA-SHARING AGREEMENT

Die Teilnahme der Non-Lead Members an der gemeinsamen Einreichung setzt die Einräumung der Rechte an den Daten voraus, die in das gemeinsame Registrierungsdossier einfließen. Die jeweiligen Rechte an den Daten sollten möglichst beim federführenden Registranten gebündelt werden, um die Datenteilung handhabbar zu gestalten. Deshalb sollten alle Non-Lead Members, die über Daten verfügen, mit dem federführenden Registranten eine Vereinbarung zur Datenteilung

treffen, die ihn berechtigt, anderen SIEF-Teilnehmern untergeordnete Nutzungs- und Bezugnahmerechte an den Daten einzuräumen. Gleiches gilt für Daten von Dateneignern innerhalb und außerhalb des SIEF. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass alle potenziellen Registranten über die erforderlichen Rechte an den Daten verfügen, die Teil des Registrierungsdossiers sind oder für die ein Recht zum Besitz oder ein Bezugnahmerecht auf den für die Registrierung zusammengefassten Studienbericht nach Artikel 10 Buchstabe a der Verordnung erforderlich ist. Das Muster für die Datenteilung bietet hier Hilfestellungen.

Rechte an den Daten der führenden, in einem Konsortium oder in anderer Form organisierten SIEF-Mitglieder werden den Non-Lead Members unmittelbar über das SIEF Agreement eingeräumt.

COOPERATION AGREEMENT

Die Zusammenarbeit in den SIEFs setzt voraus, dass einige Teilnehmer die Führung im Forum übernehmen und das Registrierungsdossier erarbeiten. Häufig sind diese im SIEF Agreement als „Lead Members“ bezeichneten potenziellen Registranten bereits in klassischen Konsortien organisiert. Das Cooperation Agreement wurde für den Fall entwickelt, dass einige SIEF-Teilnehmer das gemeinsame Registrierungsdossier erstellen wollen, aber ein klassisches Konsortium noch nicht existiert. Das Cooperation Agreement regelt Rechte und Pflichten der Vertragsparteien untereinander und enthält Regelungen zur Datenteilung, Durchführung von Studien, gemeinsamen Erarbeitung des Dossiers und zur Kostenteilung. Vorgaben zur Organisationsstruktur dieser Kooperation sind auf ein Minimum beschränkt. Hierin liegt ein wesentlicher Unterschied zu einem klassischen Konsortium. Letztlich handelt es sich aber auch bei der Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien des Cooperation Agreements um ein Konsortium. Die Kooperation auf Grundlage des Cooperation Agreements ist gewissermaßen ein Konsortium „light“.

Claudia Aubel-Pump (aubel-pump@vci.de)

Vertragsmuster und Erläuterungen für REACH

Die neuen Vertragsmuster sowie die Erläuterungspapiere und ein tabellarischer Überblick stehen auf den Internetseiten des europäischen Chemieverbandes www.cefic.be/templates/shwPublications.asp?HID=750 zum Download zur Verfügung. Informationen zum SIEF Code Model sind dort ebenfalls erhältlich. Auf der VCI REACH-Service-Plattform (www.reach.vci.de) sind die neuen Vertragsmuster unter der Rubrik „Leitfäden und Vertragsmuster“ eingestellt.



Ehrenamt und Selbsthilfe ausgezeichnet

Für ihr soziales Engagement sind die Prostata-selbsthilfegruppen im Raum Wiesbaden, das Haus der Begegnung in Bad Vilbel, das Hospiz Mainspitze in Ginsheim-Gustavsburg und das Handicapt Aktiv Forum in Idstein mit dem Förderpreis des „Fonds Hessischer Arzneimittel-firmen“ ausgezeichnet worden. Die Preisträger wurden aus über 60 Bewerbungen ausgewählt und teilen sich das Preisgeld von 10.000 Euro. So wie im Hospiz Mainspitze können nun Projekte wie „Hospiz macht Schule“ durch das Preisgeld weitergeführt werden. Dabei beschäftigten sich Schüler einer dritten Klasse eine



Tolles Engagement: Preisverleihung in Frankfurt

Woche lang mit den Themen Tod, Verlust, Krankheit und Trauer. Der Förderpreis wurde im Rahmen der Mitgliederversammlung des Landesverbandes Hessen im Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie übergeben.

Viele neue Gesichter beim „Kieler Abend“ der Chemie

Der traditionelle „Kieler Abend“ des Landesverbands Nord des VCI und des Arbeitgeberverbandes ChemieNord stand in diesem Jahr ganz im Zeichen der kürzlich abgehaltenen Landtagswahl in Schleswig-Holstein.



Frisch im Amt: CDU-Bildungsminister Dr. Ekkehard Klug (l.)



Quo vadis, Industrie: VCI NRW-Vorstand Dr. Klaus Schäfer (l.), Wirtschaftsministerin Christa Thoben (re.)

Siebter parlamentarischer Abend des VCI Nordrhein-Westfalen

Es war nicht das „verfluchte siebte Jahr“, sondern wieder eine erfolgreiche Dialogveranstaltung: Mehr als 170 Gäste kamen Anfang November zum parlamentarischen Abend des VCI Nordrhein-Westfalen in die Villa Horion, um Themen rund um die chemische Industrie in NRW zu diskutieren. Darunter waren zahlreiche Abgeordnete des Landtages und Unternehmer. Die Landesregierung vertraten Wirtschaftsministerin Christa Thoben und Umweltminister Eckhard Uhlenberg.

Dr. Klaus Schäfer, Vorstandsvorsitzender des VCI NRW, hob die Bedeutung der chemischen

Industrie für den Wohlstand in NRW hervor. Die Branche habe gute Chancen, als Gewinner aus der derzeitigen Krise hervorzugehen. Ministerin Thoben gab sich ebenfalls optimistisch, sorgte sich in ihrem Grußwort aber auch um aktuelle Infrastrukturprojekte und Widerstände aus der Gesellschaft. Sie forderte alle Beteiligten und besonders die Unternehmer dazu auf, gemeinsame für mehr Akzeptanz in der Bevölkerung zu werben.

Nach den Ansprachen blieb den Anwesenden genügend Zeit für den nötigen Dialog zwischen Industrie und Politik.

Vom Mitreden zur Mitgestaltung

An der vom Land Baden-Württemberg vor zwei Jahren ins Leben gerufenen „Nachhaltigkeitsstrategie“ hat sich der VCI-Landesverband Baden-Württemberg von Anfang an beteiligt und nun erste Erfolge erzielt. So wurde das vorgeschlagene Projekt „Abfall als Ressource“ offiziell als Teil der Strategie durchgesetzt. Dabei wurde ein Konsens erzielt, in dem die energetische Abfallverwertung grundsätzlich gleichrangig zur stofflichen Abfallverwertung (Recycling) gesehen wird. Auch das Bundesumweltministerium will dieses Ergebnis bei der anstehenden Novelle des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes mit heranziehen.

Praxisluft schnuppern

Einen tiefen Einblick in die Herstellung von Arzneimitteln gewannen 61 Lehrer aus Rheinland-Pfalz in einem Seminar der Chemieverbände Rheinland-Pfalz in Bingen. Referenten aus Pharma-Unternehmen stellten die Therapien der Zukunft, die Entstehung von Arzneimitteln und die Bedeutung von Generika in der Arzneimittelversorgung vor. In Workshops stellten die Lehrer Gel und Tabletten selber her. „Im Laufe der Veranstaltung wurde mir immer wieder deutlich, wie wichtig es für einen Chemielehrer ist, über aktuelle Entwicklungen und Anwendungen informiert zu sein“, beurteilte Barbara Becker, Lehrerin in Ludwigshafen, das Seminar.

Darüber hinaus konnten sich die Lehrer aus erster Hand ein Bild machen, wie der berufliche Alltag in den Industrieunternehmen aussieht. Boehringer Ingelheim Pharma GmbH & Co. KG und Hevert-Arzneimittel GmbH & Co. KG ermöglichten den Pädagogen einen Blick in die Produktion. „Mit unserem Angebot möchten wir helfen, das naturwissenschaftliche Wissen praxisnah und lebendig zu präsentieren. Dadurch kann das Interesse der Schülerinnen und Schüler im Unterricht gefördert werden“, erläutert Christine von Landenberg, verantwortlich für die Schulkooperationen der Chemieverbände Rheinland-Pfalz.

Pharma-Lunch Hessen setzt auf Dialog gegen Skepsis

Dass Arzneimittelfirmen die Patienten in Zukunft selbst über ihre verschreibungspflichtigen Medikamente informieren könnten, das sehen viele Politiker noch immer mit Skepsis. Dies wurde beim dritten EU-Pharma-Lunch des VCI Hessen deutlich, zu dem Nicola Beer, Staatssekretärin im hessischen Europa-Ministerium, rund 30 Gäste aus dem Europäischen Parlament, der Kommission und der Arzneimittelindustrie in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel begrüßte.

Der schwedische Berichterstatter des Dossiers Patienteninformation, der Europa-Abgeordnete Christopher Fjellner, informierte über den Stand der Diskussion. Als Befürworter der Hersteller-Information stoße er auf erhebliche Vorbehalte gegen eine Erweiterung der Informationsmöglichkeiten. Dass viele Bedenken an der Lebenswirklichkeit vorbeigehen, darauf hatte Thomas Bols, Vice President Gesundheitspolitik bei Merck Serono, in seinem Einführungsstatement hingewiesen. Die Patienten informierten sich längst im Internet, wo alle, außer der Pharmaindustrie, über Medikamente und Therapien schreiben dürften. Die Internet-Nutzer seien aber oft nicht in der Lage, die Vielzahl der Informationen richtig zu bewerten.



Im intensiven Dialog: Pharma-Lunch in Brüssel

Widerstand käme auch aus den nationalen Parlamenten, betonte Irene Wittmann-Stahl von der Ständigen Vertretung Deutschlands. Dieser könnte sich lockern, falls Printmedien von der Neuerung ausgenommen würden.

Weitgehende Übereinstimmung gab es beim Thema Arzneimittelfälschungen, das die zuständige Berichterstatterin, die Europa-Abgeordnete Marisa Matias, darlegte. Angesichts wachsender Arzneimittelkriminalität befürwortete Thomas Bols die im Richtlinien-Entwurf vorgesehenen Sicherheitsvorkehrungen – trotz Kosten von sechs bis elf Milliarden Euro.

Sorge bereitete den Industrie-Vertretern, dass die Generaldirektion Unternehmen ihre Zuständigkeit für den Pharmamarkt an die Generaldirektion Gesundheit verliert. Damit könnten die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Unternehmen an Gewicht verlieren.

Chemielehrer diskutieren über besseren Unterricht in der Oberstufe



Vermitteln Chemie: Fachleitertagung in Walsrode

Wie gut Lehrer unterrichten, hängt stark von ihrer Ausbildung ab. Dieses Fazit zogen kürzlich 24 Fachleiter und Didaktiker für Chemie aus niedersächsischen und Bremer Schulen auf einer gemeinsamen Tagung des VCI Nord in Walsrode. Im Zentrum standen dabei die Vermittlung der Chemie-Lehrpläne für die Sekundarstufe 1 und 2 und die Prüfungsinhalte für das Zentralabitur. Nach Meinung der Teilnehmer muss die Lehrerbildung insgesamt verbessert werden. In einem gemeinsamen Appell forderten sie die

Kultusminister der beiden Bundesländer auf, die didaktische Ausbildung gerade für Seiteneinsteiger zu verbessern. Theodor Grofe, Leiter des Seminars für Lehrerbildung an der Universität Lüneburg, leitet seit 2007 die regelmäßig stattfindende Tagung. Er betonte, dass ohne ausreichende Kenntnisse und Fähigkeiten in der Vermittlung von Lerninhalten kein Lehrer einen attraktiven Chemieunterricht anbieten könne. Gleichzeitig lobte er die Zusammenarbeit mit dem VCI Nord, der die Tagungen organisiert.

Telefaxformular Kopiervorlage

Vertiefende Informationen zu Berichten in diesem Newsletter sowie Broschüren zu wichtigen Themen der Branche stellt der chemie report seinen Lesern kostenlos zur Verfügung. Sie können die Publikationen mit diesem Formular per Fax oder auch per E-Mail beim Leserservice anfordern.

Verband der Chemischen Industrie e.V.
 Leserservice chemie report 11-12/2009

E-Mail: chemiereport@vci.de
 Telefax: 069 25 56-16 13

Bitte senden Sie die Unterlagen an folgende Anschrift:

Name
Firma
Abteilung
Straße
PLZ/Ort
E-Mail

Ich bestelle folgendes Informationsmaterial:
 (mit Ausnahme von Broschüren nur per E-Mail erhältlich):

- „Energieversorgung der Zukunft – Der Beitrag der Chemie“: Positionspapier der Chemieorganisationen
- „Der Lastfall Erdbeben im Anlagenbau“: Leitfaden von VCI und RWTH Aachen
- Neue Einstufungen für Wassergefährdungsklassen: Empfehlungen der Kommission für wassergefährdende Stoffe 2009
- Leitfaden des VCI für die Entsorgung von Abfällen, die Nanomaterialien enthalten

VERANSTALTUNGEN DES VCI

Datum	Ereignis	Ort
12.01.2010	Änderungen in den Gefahrgutvorschriften 2010/2011 Infoveranstaltung des VCI	Frankfurt
27.01.2010	Chemierechtstag 2010: REACH Seminar von VCI und Lexxion-Verlag	Frankfurt
03.03.2010	Presseabend des VCI* im Frankfurter PresseClub	
08.03.2010	Infoveranstaltung des VCI zu REACH und GHS	Frankfurt
24.03.2010	Parlamentarischer Abend des VCI*	Berlin
24.03.2010	Sitzung des VCI-Hauptausschusses*	Berlin
24.09.2010	Mitgliederversammlung des VCI*	Dresden

* Hinweis: Teilnahme nur auf persönliche Einladung

POLITISCHE TOP-THEMEN IM VCI *

- EU-Emissionshandel
- Steuerliche Sofortmaßnahmen in der Krise
- Steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung
- Initiative „Industrieland Deutschland stärken“

* Die Liste enthält diejenigen Themen, die das Präsidium des VCI aus den von den Ausschüssen priorisierten Themen zurzeit als wichtigste identifiziert hat. Sie stehen im Jahr 2009/2010 im Vordergrund der politischen und kommunikativen Arbeit des Verbandes.

TERMINE DER VCI-FACH- UND LANDESVERBÄNDE

Datum	Ereignis	Ort
20.04.2010	Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Gelatinehersteller (VDG)	Frankfurt
11.-12.05.2010	Mitgliederversammlung des Verbandes der deutschen Lack- und Druckfarben- industrie	Bad Dürkheim
25.06.2010	Mitgliederversammlung des VCI-Landesverbandes Hessen	Wiesbaden

IMPRESSUM chemie report

Herausgeber
 Verband der Chemischen Industrie e.V.
 Mainzer Landstraße 55, 60329 Frankfurt
 Telefon: 069 2556-0
 Fax: 069 2556-1471
 E-Mail: vci@vci.de
 ISSN: 1436-1736

Verantwortlich
 Dr. Martina Ludwig

Redaktion
 Manfred Ritz (Leitung)
 Monika von Zedlitz
 Sebastian Kreth

Leserservice
 E-Mail: chemiereport@vci.de
 Telefon: 069 2556-1496
 Telefax: 069 2556-1613

Druck
 Schotte GmbH & Co. KG, Krefeld

Auflage
 6.450 Exemplare

Nachdruck
 von Beiträgen nur mit schriftlichem
 Einverständnis der Redaktion

Layout
 Manfred Ritz

Fotos: M. Ritz (Montagen 1, 17 oben), Frank Darching (2 beide), Henkel (3 oben), Bundesregierung (3 Mitte), Hans F. Daniel (4, 11, 14 rechts und Mitte, 15 links), Charité (14 links), TH Karlsruhe (6), Friege (7 beide), stromkosten.de (9), korea.es.rice.edu (10 links), EU-Kommission (10 rechts, 12 unten), welt-atlas.de (10 rechts oben), diepresse.at (12 oben), BASF (16), innocheck.de (16 rechts), UFZ Halle (17 unten), VCI-LV (17-18), Grafiken: Christian Büniger, Manfred Ritz